

POLEN UND DIE BÖHMISCHEN LÄNDER IM 19. UND 20. JAHRHUNDERT

Jahrestagung des Collegium Carolinum

Vom 15. bis 17. 11. 1991 veranstaltete das Collegium Carolinum seine traditionelle Jahrestagung in Bad Wiessee. In Fortsetzung einer bereits länger etablierten thematischen Serie lautete das Thema „Polen und die böhmischen Länder im 19. und 20. Jahrhundert“. Auf dem Programm standen insgesamt 13 Vorträge von zwölf Referenten, von denen sieben aus der Tschechoslowakei oder aus Polen kamen.

In den Referaten wurden entweder Einzelaspekte der Beziehungen untersucht oder aber Entwicklungen in beiden Ländern miteinander verglichen und in Beziehung zueinander gesetzt.

In seiner Einleitung hob Ferdinand Seibt (Bochum) die Bedeutung des regionalen Denkansatzes gerade in einer Zeit hervor, in der einerseits die Entwicklung hin zu übernationalen Zusammenschlüssen gehe und andererseits vielfach ein Wiederaufleben der nationalistischen Denkweise zu verzeichnen sei. Außerdem erinnerte er daran, daß Ideengeschichte und Gesellschaftsgeschichte nicht immer parallel verlaufen.

Als erster Komplex wurde die Entwicklung des Wirtschaftsbürgertums (also die Entstehung einer Schicht mittelständischer Unternehmer) bei den Tschechen in den böhmischen Ländern und bei den Polen im gesellschaftlich am ehesten vergleichbaren, da ebenfalls der Habsburgermonarchie zugehörigen, Teilungsgebiet Galizien untersucht. Dies geschah nicht im Rahmen eines einzelnen Vortrages, sondern in komplementären Referaten von Waclaw Długoborski (Kattowitz) für Galizien und Jiří Kořalka (Prag) für Böhmen und Mähren. Es ergab sich ein augenfälliger Entwicklungsvorsprung für die böhmischen Länder. Als Grund hierfür wurde eine Kombination von gesellschaftlichen (vom landbesitzenden Adel geprägte Lebensweise im

einen, Vorbildfunktion der Deutschböhmen im anderen Fall) und politischen Faktoren (im Falle Galizien verfolgte Wien eine mehr kolonial geprägte Politik) genannt.

Witold Molik (Posen) vertrat in seinem Vortrag „Großpolen und Böhmen 1848–1918“ die These, daß etwa ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die tschechische Nationalbewegung eine deutliche Vorbildfunktion für die gebildeten Kreise in Großpolen gehabt habe. Besonders verbreitet sei die Losung „Lernen wir doch von den Tschechen“ vor dem Ersten Weltkrieg gewesen. Dies wurde mit einer vergleichbaren Entwicklung im Hinblick auf die verbreitete Angst vor einer Germanisierung und einer in den böhmischen Ländern und im preußischen Teilungsgebiet Polens ähnlich gelagerten Verbindung aus nationalem Rigorismus und ökonomischem Pragmatismus begründet, wobei die Polen an den Tschechen besonders deren wirtschaftliches Durchsetzungsvermögen bewundert hätten. In der breiten Gesellschaft sei diese Ansicht nicht so sehr verbreitet gewesen, wie überhaupt slawophiles Gedankengut am ehesten unter den Gebildeten Anklang gefunden hätte. Näheres Eingehen darauf, wie die Tschechen umgekehrt die Nationalbewegung in Großpolen einschätzten, versagte sich der Referent mit Hinweis auf die zumindest für einen polnischen Forscher dürftige Quellenlage.

Einem weiteren Berührungspunkt zwischen Böhmen und Galizien war das Referat von Bernard Woltmann aus Posen gewidmet, in dem die Entwicklung des Sokol als eines slawisch-national ausgerichteten Turnverbandes verfolgt wurde, der insbesondere im 20. Jahrhundert das Nationale immer radikaler betonte, bis schließlich rein paramilitärische Gruppen entstanden. Der Referent veranschaulichte die Entwicklung des Sokol anhand vieler Einzeldaten und belegte dabei insbesondere, daß die Bewegung jenseits böhmischer Grenzen zuallererst in Galizien Fuß faßte, wo schon 1867, also fünf Jahre nach der Gründung des Sokol in Böhmen, der erste Ortsverband entstand und die Organisation bis zum Jahre 1905 auf ca. 18 000 Mitglieder wuchs (im Vergleich zu ca. 100 000 in Böhmen). Auch Querverweise auf das im Vergleich zu Galizien später erfolgte Übergreifen der Bewegung zunächst auf das preußische Teilungsgebiet (erstes „Nest“ im Jahre 1884) und um weitere zwanzig Jahre zeitversetzt auf das russische fehlten nicht.

Der folgende Vortrag von Rudolf Jaworski (Kiel) trug den Titel „Die polnische und die tschechische Variante des Neoslawismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts“. Analysiert wurden zunächst die Unterschiede zwischen der vorwiegend aus wirtschaftlichen Motiven erfolgten und besonders durch Karel Kramář geprägten tschechischen Neoslawismus-Initiative und der polnischen Spielart, deren führender Kopf Roman Dmowski in Deutschland den wichtigsten Gegner gesehen und deswegen mit der traditionell antirussischen Linie gebrochen habe. Etwas weniger ausgeprägt sei die „austropolnische“ Variante gewesen, wobei der günstige Autonomiestatus in Galizien eine Rolle gespielt habe. Entwicklungen wie der gesamtshawische Frauenverband und die „Sokol-Kontaktschiene“ zwischen Tschechen und Polen wurden als „Konkretionen“ des Neoslawismus bezeichnet, der insgesamt jedoch als bewußt eingesetzte Mantelkonstruktion zur um so wirksameren Durchsetzung nationalpolitischer Partikularinteressen beurteilt wurde.

Armin Mitter (Berlin) untersuchte die Auswirkungen, die die polnische und tschechische nationale Bewegung vor dem Ersten Weltkrieg auf die Beziehungen zwischen

Österreich-Ungarn und dem Russischen Reich hatten. Dabei seien größere Irritationen bei den Hegemonialmächten zunächst ausgeblieben, wenn auch die Einführung des freien, gleichen und geheimen Wahlrechts in der gesamten Donaumonarchie im Jahre 1907 in Petersburg mit Skepsis aufgenommen worden sei. Auch hier spielte also der günstige Autonomiestatus des „austropolnischen“ Teilungsgebietes eine Rolle, der hier dahingehend charakterisiert wurde, daß die Polen in Österreich-Ungarn zur Herrschaftsoligarchie gehört hätten. Nach 1912 seien dann die antirussischen paramilitärischen Organisationen Pilsudskis von Wien aus gefördert worden, während Rußland die nationalen Sozialisten in Böhmen unterstützt habe.

Den zweiten Konferenztag eröffnete ein Vortrag von Jörg K. Hoensch (Saarbrücken), der unter dem Titel „Masaryk und Pilsudski – Gemeinsamkeiten und Gegensätze“ ein anschauliches Doppelportrait der beiden Politiker lieferte, die die Erste Tschechoslowakische Republik bzw. das nach dem Ersten Weltkrieg wieder zu eigener Staatlichkeit gelangte Polen entscheidend mitprägten. Das politische Wirken sowohl von Tomáš Garrigue Masaryk als auch von Józef Pilsudski wurde chronologisch verfolgt, wobei zunächst die Unterschiede zwischen beiden Persönlichkeiten hervorgehoben wurden, die in der Gesamtbeurteilung auch die Gemeinsamkeiten überwogen und in der Gegenüberstellung Philosoph und Staatsmann (Masaryk) – Militär und unberechenbarer Verschwörer (Pilsudski) am anschaulichsten ausgedrückt sind. Gemeinsam sei beiden Pflichtgefühl und Konsequenz in der Politik gewesen, beide seien sie letztlich an der Aufgabe gescheitert, eine politische Elite in ihren Ländern heranzubilden, und auf beider Wirken passe der Ausdruck „moralische Diktatur“. Person und Werk beider seien von den Nachfolgern gezielt verunglimpft worden, fänden heute jedoch in ihren Heimatländern wieder uneingeschränkte, ja unkritische Anerkennung.

Jaroslav Valenta (Prag) referierte über den Teschener Konflikt, der sich im Januar 1919 zwischen Polen und der ČSR daran entzündete, daß Polen in dem von ihm beanspruchten Anteil an diesem typischen Grenzland mit polnischen, tschechischen und deutschen Bevölkerungsanteilen Wahlen durchführen ließ. Der Konflikt sei bis zu einem siebenjährigen lokalen Krieg eskaliert, obwohl Prag als auch Warschau noch unmittelbar nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie das Teschener Land als politisch unbedeutendes „Exotikum“ betrachtet hätten. Ein nach einer gewissen Entspannung von tschechischer Seite vorgeschlagenes Plebiszit über die Zugehörigkeit sei von Polen boykottiert worden, und bei der Lösung im Rahmen der Friedensverträge habe weder Polen noch die ČSR gegenüber dem Stand von Anfang 1919 etwas Wesentliches gewonnen.

Marian Zgórnjak (Krakau) befaßte sich mit der Bündnis- und Rüstungspolitik in Polen und der Tschechoslowakei vor dem Zweiten Weltkrieg. Untersucht wurde vor allem der Aspekt, ob die unterschiedliche und im anderen Land jeweils als völlig unrealistisch beurteilte Strategie zur Absicherung der Eigenstaatlichkeit (in Prag enge Anlehnung an die Sowjetunion, während Warschau auf Nichtangriffsverträge mit allen potentiellen Gegnern setzte) nicht das Potential zu einem militärischen Konflikt zwischen den beiden Ländern barg. Insgesamt wurde aber für unwahrscheinlich angesehen, daß sich bei einem anderen Verlauf der Entwicklung Polen und die Tschechoslowakei auf unterschiedlichen Seiten im Krieg befunden hätten, obwohl die pol-

nischen Verteidigungspläne von Anfang an auch die Abwehr eines theoretisch möglichen Durchmarsches sowjetischer Truppen in Erfüllung einer Bündnisverpflichtung gegenüber der ČSR einkalkuliert hätten. Diese Beurteilung rief auch keinen Widerspruch hervor.

Einen völlig entgegengesetzten Aspekt untersuchte Detlef Brandes (Düsseldorf) in seinem Vortrag „Tschechoslowakisch-polnische Beziehungen im Zweiten Weltkrieg“. Es ging dabei um die auf britische Initiative zustandgekommene Diskussion zwischen den Exilregierungen über eine eventuelle Union nach dem Krieg, die immerhin bis zur Einrichtung eines speziellen Verhandlungsgremiums gediehen sei, in dem beide Seite Vertragsentwürfe (wenn auch mit durchaus unterschiedlichen Vorstellungen) eingebracht hätten. Dieses Projekt wurde aber vor allem durch sowjetischen Druck auf die Tschechoslowakei vereitelt. Unter den Tagungsteilnehmern bestand Konsens in der Einschätzung, daß diese Idee von Anfang an keine sonderlich großen Chancen auf Verwirklichung hatte.

In enger thematischer Beziehung zueinander standen die beiden folgenden Referate. Waclaw Długoborski analysierte in seinem zweiten Vortrag die Unterschiede der nationalsozialistischen Besatzungspolitik im Protektorat Böhmen und Mähren und im Generalgouvernement Polen, und Stanislav Škorvánek (Bratislava) beleuchtete die Sonderstellung der Slowakei.

Die gegenüber dem Protektorat Böhmen und Mähren noch schärfere Gangart in Polen wurde damit erklärt, daß die Polen in der nationalsozialistischen Völkerhierarchie noch weiter unten gestanden hätten als die Tschechen, daß Polen den weitaus größeren Judenanteil hatte und mit einer Reaktion auf die unerwartet hohen Verluste der Wehrmacht in Polen. Auch die unterschiedliche Wirtschaftsstruktur mit einer relativ hochentwickelten Industrie im Protektorat habe eine Rolle gespielt. In Polen dagegen habe man hauptsächlich einen Rohstoff- und Arbeitskräftelieferanten gesehen.

Der Hauptgrund für die Tolerierung der slowakischen Eigenstaatlichkeit unter dem willfähigen Tiso wurde darin gesehen, daß man sich hier ein Vorzeigeobjekt zu schaffen suchte, mit dessen Hilfe man sich gegenüber anderen kleinen Völkern als mehr oder weniger zivile Hegemonialmacht hinstellen wollte. In dieser Rolle habe man die Slowakei selbst nach der endgültigen Besetzung im Spätsommer 1944 noch gesehen.

In seinem abschließenden Referat „Zur politischen Soziologie des Systemzusammenbruchs: Die kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei und in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg“ vertrat Peter Heumos (München) die These, der sehr schnell und ohne wirkliche Gegenwehr erfolgte Zusammenbruch der alten politischen Ordnung erlaube Rückschlüsse auf ausgeprägte Schwächen dieser abgelösten Ordnung. Begründet wurde diese These hauptsächlich mit Beispielen aus der Tschechoslowakei. Als Schwachstellen des Systems wurden eine extreme Fragmentierung der politischen Landschaft mit den resultierenden Problemen für die Bildung einer politischen Identität, ein an einem kleinräumigen Sozialismus orientiertes Demokratieverständnis und schwelende soziale Konflikte gesehen. Dieser Ansatz löste eine lebhafte Diskussion aus, wobei insbesondere die Übertragbarkeit dieses Modells auf Polen in mehreren Wortmeldungen angezweifelt wurde.